Städtepartnerschaft
Bergisch Gladbach – Beit Jala e.V.

Städtepartnerschaft Bergisch Gladbach - Beit Jala e.V.
Postfach 20 09 03, 51439 Bergisch Gladbach

Fraktionen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Ganey Tikva-Verein fordert Ratsbeschluss zu Verurteilung der BDS-Kampagne

Informationen und Einschätzungen des Partnerschaftsvereins Bergisch Gladbach – Beit Jala e.V.

Der Städtepartnerschaftsverein Bergisch Gladbach-Beit Jala e. V. sieht den vom Ganey-Tikva-Verein geforderten Ratsbeschluss zur Verurteilung der BDS-Kampagne sehr kritisch. Die BDS-Bewegung, international unterschiedlich in Vorgehen und Zielsetzung, war und ist für uns nicht relevant. Uns sind auch keinerlei derartige Bestrebungen in unserer Stadt bekannt. Der Aufruf des NRW-Landtags trifft daher nicht auf die Realität in Bergisch Gladbach zu.

1) Im Zentrum unserer Kritik steht die vom GTV eingereichte Formulierung *„Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach dürfen der BDS-Kampagne keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder von Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen, unterstützen.“*

Wir halten diese Forderung für den Versuch, die politische Meinungsfreiheit in Bergisch Gladbach einzuschränken. Darüber hinaus soll offensichtlich unsere seit Jahren gedeihliche Städtepartnerschaft mit Beit Jala (Begegnungsreisen für Schüler und

Erwachsene, Projekte mit der Bethe-Stiftung, Kulturprojekte etc.) in Misskredit gebracht werden.

2) Denn die GTV-Formulierung nimmt nicht nur die BDS-Kampagne selbst, sondern auch *„Gruppierungen, welche die Ziele der BDS-Kampagne verfolgen“* in den Blick. Damit, so muss man nach den Vorkommnissen der vergangenen Monate befürchten, werden Gerüchten, Verdächtigungen und Antisemitismus-Bezichtigungen gegen den Beit-Jala-Verein Tür und Tor geöffnet. Wir sehen uns bisher schon solchen Versuchen seitens der Antragsteller ausgesetzt und treten ihnen, genauso wie Bürgermeister Lutz Urbach in seinem Offenen Brief an die Vorsitzende des Ganey Tikva-Vereins vom 29.08.2018, entschieden entgegen.

3) Unsere Kontakte nach Beit Jala – etwa kürzlich die Teilnahme einer städtischen Delegation am Internationalen Kultur- und Friedensfestival sowie an der Einweihung des Bergisch Gladbach-Platzes – führen uns immer wieder die schwerwiegenden Einschränkungen für die Menschen in der Partnerstadt vor Augen. Dabei geht es vor allem um die Trennmauer im Stadtgebiet und um den fortgesetzten Siedlungsbau seitens der israelischen Regierung. Beit Jala hat dadurch bereits 60 Prozent seines Territoriums verloren. Beide Maßnahmen werden von der Bundesregierung und den UN als völkerrechtswidrig verurteilt. Das ist auch die Position der deutschen Außenpolitik (s. beil. Brief von Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 02. 12. 2016 an den Beit-Jala-Verein).

4) Den Wunsch nach friedlicher Änderung dieser Situation teilen wir mit unserer Partnerstadt. Nicht der Ausflug in die Weltpolitik treibt uns an, sondern der alltagsnahe Brückenbau zwischen Menschen in Bergisch Gladbach und Beit Jala. Dieses Selbstverständnis schließt den Blick für die deutsche Verantwortung gegenüber Israel und eine beidseitig akzeptierte Friedenslösung ein. Dass unsere in diesem Geist praktizierte Städtepartnerschaft hier in Bergisch Gladbach überwiegend wohlwollend verstanden wird, zeigte zuletzt die große Resonanz auf unsere zusammen mit der Stadt und vielen Förderern veranstalteten Deutsch-Palästinensischen Kulturtage.

5) Kritik an den genannten Maßnahmen der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus, so wie Kritik an US-Präsident Trump nicht als Antiamerikanismus missverstanden würde. Sachliche Kritik ist lebendiger Teil des politischen Dialogs, was, wie wir auch durch unsere Kontakte mit israelischen Persönlichkeiten und Organisationen wissen, in Israel zur praktizierten demokratischen Kultur gehört.

6) Die Annahme des vom GTV vorgelegten Antrags würde die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 03. 07. 2012 zum Brückenbau durch die doppelte Städtepartnerschaft nach Palästina und Israel nicht fördern. Vor diesem Hintergrund und weil nicht ersichtlich ist, warum überhaupt ein Bedarf für einen solchen Ratsbeschluss in Bergisch Gladbach gegeben ist, würden wir ihn nicht gutheißen.

Oktober 2018

Axel Becker / Jörg Bärschneider